



Pressekonferenz des IKK e.V. zur nachhaltigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), 22. August 2022, Berlin

Statement Hans Peter Wollseifer
Vorstandsvorsitzender des IKK e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Auf beitragsatzsteigende politische Entscheidungen zulasten der Arbeitgeber und Versicherten verzichten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Vorstandskollege Hans-Jürgen Müller hat bereits wesentliche Punkte angesprochen, die wir aus Sicht der Krankenkassen und mit Blick auf die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler am vorliegenden Gesetzentwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV-FinStG) kritisieren. Aus Sicht der Handwerkerschaft bzw. aus Arbeitbersicht ist eine mit dem GKV-FinStG eingeleitete Finanzierung, die auf ständig steigende Beitragssätze setzt, nicht nachhaltig. Sondern sie ist schlicht kontraproduktiv, weil sie die dringend notwendige wirtschaftliche Erholung nach Corona gefährdet und insbesondere den personalintensiven Handwerksbereich, den eigentlichen Motor der wirtschaftlichen Schlagkraft Deutschlands, belastet!

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden Versicherte und Arbeitgeber im Regen stehen gelassen. Das gilt ganz besonders, da auch in den anderen Sozialversicherungszweigen, beispielsweise der Pflegeversicherung, kurz-, mittel- und langfristig höhere Beitragssätze drohen. Zudem wurden Unwägbarkeiten wie Inflation und steigende Energiepreise im Entwurf des Finanzstabilisierungsgesetzes noch nicht berücksichtigt. Doch schon jetzt ist klar, dass Arbeitgeber massiv durch Preissteigerungen insbesondere bei Energie und Rohstoffen sowie Arbeitnehmer durch Energie- und Lebenshaltungskosten zusätzlich belastet werden.



Mit der im Gesetzentwurf einkalkulierten Anhebung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der GKV um mindestens 0,3 Beitragssatzpunkte durch den Schätzerkreis im Herbst 2022 wird die 40-Prozent-Marke bei den Sozialversicherungsbeiträgen überschritten. Im Klartext heißt das: Damit wird die in der Vergangenheit zurecht als maßgeblich angesehene und von der letzten Großen Koalition noch festgeschriebene Sozialgarantie aufgehoben – aus unserer Sicht ein katastrophaler Schritt. Für das personalintensive Handwerk sind die Lohnzusatzkosten ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Zum Vergleich: Während Industriebetriebe einen Lohnfaktor von sieben oder acht Prozent haben, liegt dieser im Handwerk zwischen 70 und 80 Prozent. Schon derzeit ist in Deutschland die Belastung des Arbeitseinkommens mit Abgaben, also Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, laut einer OECD-Studie weltweit die Zweithöchste unter allen Industrienationen. Darüber hinaus droht ein Anstieg des Gesamtsozialversicherungsbeitrages bis zum Jahr 2040 auf rund 50 Prozent. Es ist nicht akzeptabel, es ist fatal!

Dabei ließen sich die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung kurzfristig auch ohne eine zusätzliche Belastung der Beitragszahlenden und die Beeinträchtigung der Versorgung stabilisieren. Der Staat muss endlich seinen Verpflichtungen nachkommen und die Ausgaben, die den Krankenkassen dadurch entstehen, dass sie originäre staatliche Aufgaben übernehmen, ordnungspolitisch korrekt und vor allem vollständig aus Steuermitteln übernehmen.

Zudem muss einer schleichenden Entwertung eines gleichbleibenden Bundeszuschusses durch Ausgabensteigerungen mit einer Dynamisierung des Bundeszuschusses entgegengewirkt werden.

Schließlich halten wir die Abkehr vom alleinigen Lohnkostenmodell, d.h. der Einbeziehung von neuen Finanzierungsquellen durch eine veränderte Arbeits- und Erwerbswelt, für einen richtigen Weg. Sowohl die Digital- als auch die Plattformökonomie unterhöhlen die bisherige Finanzierungsgrundlage der Sozialversicherungssysteme. Hier bedarf es einer angemessenen Beteiligung an der Finanzierung. Nicht zuletzt ist auch der Staat verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Es ist nicht verständlich, wieso der Staat gesundheitsschädliches Konsumverhalten zwar mit Steuern belastet, die GKV aber bei den Kosten für Prävention und Behandlung alleine lässt.



Sehr verehrte Damen und Herren, es geht um eine faire Lastenverteilung und nicht darum, nur mehr Geld ins System zu pumpen. Wir fordern deshalb auch Steuerungs- und Kontrollmechanismen zurück, um effizient zugunsten einer umfassenden Versorgung unserer Versicherten Haushalten zu können.

Diese gerade eben genannten drei für die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung fundamentalen Stellschrauben die die Innungskrankenkassen als Weg aus der Finanzlage der GKV ansehen, werden nun Peter Kaetsch, Vorstandsvorsitzender der BIG direkt gesund, sowie Prof. Dr. Jörg Loth, Vorstandsvorsitzender der IKK Südwest, näher ausführen.

Die Innungskrankenkassen wollen mit ihren Forderungen den Blick weiten auf die verschiedenen Möglichkeiten einer Entlastung von Versicherten und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Dies ist unser Beitrag für die vom Bundesgesundheitsminister angekündigte Reformagenda zur Finanzierung der Sozialversicherung.

Kontakt und Information:

Iris Kampf
Pressesprecherin des IKK e.V.
Tel.: +49 (0)30 202491-32
Mobil: +49 (0)170 910 91 03
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de
www.ikkev.de